

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abnahme in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Bestellung durch die Post 2,30 RM., bei Postbestellung 2,50 RM. Alle Geschäftsstellen tragen ein Geschäftszeichen. — Rücksendung eingekaufter Christbäume erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Einzelgenoss: die 8-spaltige Raumbreite 20 Zeile, die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichsmark, die 3-spaltige Raumbreite im täglichen 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichsmark. Sonntags- und Feiertagsausgaben werden nach Möglichkeit Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Anzeigen für die Wichtigkeit der Angelegenheiten werden nach Möglichkeit in Konkurrenz gedruckt. Anzeigen nehmen alle Verwaltungen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 78. — 86. Jahrgang. — Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Sonnabend, den 2. April 1927

Unterwegs nach Amerika.

Von Cuxhaven aus trat der neue 22.000-Tonnen-Dampfer Freitag früh die Reise nach New York an. Am Cuxhaven hatten sich viele Menschen angesammelt, um der Abfahrt des Schiffes, das über die Toppfen gesegelt hatte, beizuwohnen. Außer einer Anzahl von Vertretern der deutschen Zeitungen nahmen der Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, Geheimrat Cuno, mehrere Mitglieder des Direktoriums sowie der Vorsitzende des Verbandes deutscher Reederei, Staatssekretär a. D. Graf v. Helldorf, an der Fahrt teil.

Unter den Passagieren der „New York“ auf ihrer ersten Fahrt befindet sich auch einer unserer Mitarbeiter, der in mehreren Briefen über den Verlauf des Ereignisses zu berichten gedenkt. Als erste Veröffentlichung bringen wir nachstehend die Eindrücke unseres Mitarbeiters, die er in Hamburg vor Antritt der Fahrt hatte.

Vor der Ausreise.

Hamburg, 31. März.
Wenn die Zeichen nicht trügen, wird uns das Jahr 1927 eine starke Steigerung des deutsch-amerikanischen Menschenausstromes bringen. Wurden früher, in der Vorkriegszeit, einzelne Professoren und Wissenschaftler hinfür und herüber gewechselt, so haben wir in den letzten Monaten mehrere Hunderttausende amerikanischer Studenten auf deutschem Boden begrüßen können. Und was für den gewöhnlichen Sterblichen unter den deutschen Staatsbürgern einmal eine Besuchsreise nach Amerika ein Erlebnis von ganz ungewöhnlicher Seltenheit, so haben sich schon im vorigen Jahre an vielen Hauptplätzen der Vereinigten Staaten unermesslich viele deutsche Kaufleute und Industrielle, Künstler und Gelehrte zeitweise in hellen Scharen zusammengefunden, fast wie das auf dem Marktplatz in Venedig oder vor den antiken Wunderbauten der Ewigen Stadt bald nach dem Kriege wieder gute deutsche Sitten geworden ist.

In diesem Jahre aber verspricht das amerikanische Passagierschiff unserer großen Schiffahrtslinien einen weiteren kräftigen Aufschwung. Aus dem Dollarlande flüchtet sich schon jetzt ein gewaltiger Andrang von Europareisenden an, der unmittelbar nach dem Osterfest einsetzen dürfte. Und der neue Hapag-Dampfer „New York“, der zur Stunde noch festlich über die Toppfen gesegelt, hier im Ruhewerhafen festgemacht hat, morgen mittag über von Cuxhaven aus seine erste Fahrt über den großen Ocean antreten soll, wird über Rangel an Passagieren gewiß nicht zu klagen haben. Geheimrat Cuno, der Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, hat allerdings eine größere Anzahl von Gästen an Bord geladen, weil er der Jungfernfahrt dieses neuen Prachtsschiffes mit Recht eine besondere Bedeutung beilegt. Schon der Name, den es erhalten hat, soll darauf hinweisen, daß mit seiner Indienststellung ein wichtiger Schritt zur Neubelebung unserer Wirtschafts- und Verkehrsbeziehungen zu den Völkern der Neuen Welt getan wird; und das Schiff, dem bekanntlich die Gattin des New Yorker Bürgermeisters nach guter alter deutscher Sitten vor einigen Monaten die Taufschleife gegeben hat, wird drüben bei seinem ersten Erscheinen in den amerikanischen Gewässern voraussichtlich mit allen nur erdenklichen Zinnoten amerikanischer Gastfreundschaft begrüßt werden. Vorerst aber rüffel sich die Hapag für den denkwürdigen Tag der Abreise ihres jüngsten Flottenkubens.

Aberhaupt: wer der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Vaterlandes auch jetzt noch, trotz der unläugbaren Fortschritte des vergangenen Jahres, mit tief gewurzelter Misstrauen gegenübersteht, kann hier in Hamburg, es mag wollen oder nicht, aus einem Souais zum Paulus werden. Von außen wenigstens gesehen, macht die Stadt wieder einen von Kraft und Fülle machtvoll durchströmten Eindruck. Und wenn man besonders den Aufschwung im Auge faßt, den Handel und Verkehr hier an der Wasserfronte seit der Stabilisierung unserer Währung sichtbar genommen haben, so wird man schon die Zuvorsicht begreifen, mit der der „Ehrbare Kaufmann“ und alles, was wirtschaftlich zu ihm gehört, jetzt wieder an der Arbeit ist. Eine ständige Rundfahrt schon durch den Hafen mit seinen wahrhaft überquellenden Reichtum an Arbeitsfleiß und Verkehrsbücherei legt Zeugnis ab von der unerschütterlichen Unternehmungsfreude, die diesen Welthandelsplatz einer Ordnung geschaffen und erhalten hat. Wenn gewisse amerikanische Finanzherren sich tatsächlich einbilden sollten, die übertragende Stellung des Hamburger Hafens durch noch so gigantischen Ausbau eines der nordfranzösischen Häfen wirklich untergraben zu können, so begegne diese etwas kindhaft anmutende Idee höchstens einigen fröhlichen Gelächern. Mit Bajonetten kann man, so heißt es, wie man weiß, alles machen — nur darauf ist es kann man nicht. Ebenso kann man mit ungezählten Dollar-Millionen wohl allerhand Wunder verrichten, sogar auch wenn das Geld gut ist, die noch der Bebauung harren Stadtgebiete von Groß-Berlin über Nacht mit Wohnhäusern besetzen, um die sich nachher vielleicht nur sehr wenige Leute reifen würden, weil eben der Dollarbesitz in Deutschland leider noch nicht genügend verbreitet ist. Aber einen Hafen wie Hamburg können uns die Goldminen

Der Finanzausgleich vor dem Reichstage.

(302. Sitzung.) — C. B. Berlin, 1. April.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des vorläufigen Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, ferner die Vorlage zur Änderung des Gesetzes über den Eintritt der Freistaaten Württemberg, Bayern und Baden in die Reichsfeuersteuergemeinschaft.

Abg. Graf Westarp (Dtn.) erklärte im Namen der Regierungsparteien, sie begrüßten den entschlossenen Willen des Finanzministers bei der zukünftigen Gestaltung des Reichsausgleichs, nämlich größere Klarheit und Einfachheit herbeizuführen. Das Volk habe noch nicht den vollen Ernst der finanziellen Lage erkannt. Die Regierungsparteien hielten es für ihre Pflicht, nachdrücklich auf die Tragweite der finanzpolitischen Lage

aufmerksam zu machen und daraus hinzuweisen, daß auf die Dauer das deutsche Volk die gegenwärtigen hohen Steuerlasten angesichts der Kriegs- und Inflationsverluste nicht tragen könne. Man habe die populäre Reichssteuerentlastung vernichten und wolle durch höhere Überweisungen den Ländern und Gemeinden die Möglichkeit zur Senkung der Realsteuern geben, die die Wirtschaft am schwersten treffen. Durch Ausdehnung des Finanzausgleichs auf zwei Jahre solle den Ländern und Gemeinden eine solide Staatsgarantie ermöglicht werden. Für vier sei die Beitragslasten aufrechterhalten worden, um eine stärkere Anspannung der Realsteuern zu ersparen. Die Erhöhung der Reichssteueranteile für die süddeutschen Länder hielten die Regierungsparteien für innenpolitisch und finanziell unbedenklich.

Preussischer Ministerpräsident Braun erinnerte an die Bestimmung des Biersteuergesetzes, daß Änderungen dieses Gesetzes nur mit der Zustimmung der Reichsversammlung erfolgen sollten. Hierzu kämen noch allgemeine Bedenken der preussischen Regierung gegen den Sonderausgleich für Einzelländer. Dadurch werde gegen den Wunsch der gleichmäßigen Behandlung aller Teile des Reiches verstoßen. Die preussische Regierung erhebe deshalb entschiedenen Widerspruch gegen diesen Finanzausgleich.

Sächsischer Gesandter Dr. Grobmann erklärte sich aus denselben Gründen ebenfalls namens der sächsischen Regierung gegen den Finanzausgleich und sprach die Erwartung aus, daß der Reichstag seine Hand zu Maßnahmen solcher Art nicht steckeln werde.

Abg. Dr. Herz (Soz.) beantragte auf Grund dieser Erklärungen, das Gesetz über die Erhöhung der süddeutschen Biersteueranteile an den Ausschuss zurückzuverweisen. Da sich bei der Abstimmung die Mehrheit der Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten und der Wirtschaftspartei bei einer Enthaltung.

Die zweite Sitzung.

Bei der Wiedereröffnung beantragte Abg. Dr. Bredt (Wirtsch. Pgg.), die Beratung zu vertagen, bis die verfassungsrechtlichen Fragen festgelegt sind. Der Antrag wird abgelehnt, und Staatsrat von Wolf verliest eine Erklärung für die bayerische Regierung, in der gesagt wird, es könnte angenommen werden, daß keine verfassungsmäßigen Bedenken bei einfacher Abstimmung vorliegen. Bayern verlangt in einer Erklärungsfrage sein Recht und hat das Zutreten zum Reichstag, daß er es nicht verweigern wird.

Die unumkehrbar namentlich wiederholte Abstimmung über den Antrag Dr. Herz (Soz.) auf Rückverweisung des Biersteuergesetzes an den Ausschuss ergibt Ablehnung des Antrags mit 189 gegen 163 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten und der Wirtschaftspartei bei einer Enthaltung.

Es folgen die zurückgestellten Abstimmungen zum Etat des Reichsfinanzministeriums. Den Ausschussbeschlüssen wird unter Ablehnung der kommunistischen Anträge zugestimmt. Das Haushaltsgesetz wird angenommen. Nach Bewilligung des Etats für das Reichsfinanzministerium trat das Haus in die Besprechung des Finanzausgleichs ein.

von New York beim besten Willen nicht nachmachen. Denn der ist nicht von heute auf morgen, bloß mit Geld und guten Worten hervorgezaubert worden, sondern er ist langsam und organisch gewachsen und geworden und er verbirgt seine überwältigende Bedeutung einer wirtschaftlichen und kulturellen Gesamtarbeit von Generationen, die sich nicht einfach aus der Erde stampfen läßt nach dem Befehl von Geschäftsleuten, deren einziger Sinn und Trachten auf rasches Geldverdienen gerichtet ist und auf sonst nichts in der Welt. Nein, der Hamburger Hafen und der immense hier ein- und ausflutende überseeische Warenverkehr ist mit dem Aufschwung des Reiches in die Höhe gekommen und er geht jetzt wieder unzweifelhaft einer neuen Blüte entgegen — vorausgesetzt, daß es gelingt, die Lebensnotwendigkeiten unserer Wirtschaft allen Festsetzungen des Versailler Vertrages zum Trotz mehr und mehr durchzusetzen.

Die Hamburg-Amerika-Linie hat natürlich, entsprechend dem ganzen Wesen dieser Weltischen Schöpfung wie der ruhmvollen Vergangenheit, auf die sie zurückblicken kann, ihren Wiederaufbau auf New York eingeleitet. Die Jungfernfahrt ihres nach dieser gewaltigen Handelsmetropole genannten neuen Schiffes wird eine Probe auf das Exempel sein. Man hat allen Grund zu der Erwartung, daß sie gelingen wird.

Telegrammwechsel Waller-Cuno.

In Cuxhaven traf von dem Bürgermeister von New York, James S. Waller, folgendes Telegramm an Geheimrat Dr. Cuno ein: Beste Wünsche, gute Reise in froher Erwartung

Aussprache zum Finanzausgleich.

Abg. Junge (Soz.) meinte, eine Verlängerung des Finanzausgleichs auf ein Jahr hätte genügt, da aber die Verlängerung auf zwei Jahre festgesetzt sei, so werde dieser Reichstag den endgültigen Finanzausgleich nicht mehr verabschieden. Das sei der Anfang zu einer unvollständigen Wirtschaft. Die Sozialdemokratie lehne diesen Finanzausgleich ab.

Abg. Koenen (Komm.) sah in dem Finanzausgleich den Ausdruck der inneren Widersprüche, in denen sich die kapitalistische Wirtschaft befindet.

Abg. Fischer (Dem.) erklärte, daß das Finanzausgleichs-provisorium der Regierungsmehrheit durchgreifende Reichssteuerentlastungen unmöglich mache. Die die Reichsheit zusammenhaltenden Klammern sollten zugunsten einer stärkeren Selbstständigkeit der Länder gelockert werden. Die Demokraten lehnten jedenfalls die Verantwortung für die Folgen ab. Sie sähen in den bevorstehenden Gesetzgebungsarbeiten eine schwere Demoralisierung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und der Reichsheit.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler

betonte, es sei alles eingetroffen, was er bezüglich der Ausgaben früher gesagt habe. Er hätte sich nur insofern geirrt, als er die Übernahme der Erwerbslosenfürsorge um etwa 120 Millionen vorsehen zu können glaubte, während es sich einige Wochen später herausgestellt habe, daß mit mindestens 250 Mill. gerechnet werden müsse. Der Minister glaubt, es lasse sich recht fertigen, daß man zunächst zur Verlesung des Gleichgewichtes auf den Überfluß des Vorjahres zurückgegriffen habe, so daß man schätzungsweise etwa 200 Millionen erhalten werde. Genügend sei der Betriebsfonds bis zur höchstmöglichen Grenze herangezogen worden. Im gegenwärtigen Etat sei jedoch für die ordentlichen Ausgaben keinerlei Pumpwirtschaft beabsichtigt. Daß man das Extraordinarium auf Anteile nehmen sollte, sei wohl schon 1926 die Meinung des Hauses gewesen. Der Minister führe weiter aus, man müste prüfen, ob das deutsche Steuersystem den total andersartigen Verhältnissen heute noch entspreche. Das Gesetz über die Realsteuern müsse erst im Oktober vorgelegt werden, sondern alsbald. Die Steuerentlastungen sollen nicht die Kapitalbildung unterbinden. Man werde immer noch unter einer Anspannung der Steuerlast und Steuerhöhe. Er hoffe, im Laufe dieses Jahres auch die Verwaltungsreform in Angriff nehmen zu können. Freie Handele es sich übrigens nur um einen vorläufigen Finanzausgleich. Eine Einschränkung der Finanzhoheit des Reiches läge in diesem Gesetz nicht. Die Aufhebung des preussischen Ministerpräsidenten von der Biersteuerentlastung sei nicht berechtigt.

Abg. von Gneist (Dtn.) erklärte die Ausführungen des preussischen Ministerpräsidenten für durchaus abwegig. Der Grenzfonds von 15 Millionen sei auf 25 Millionen mit Zustimmung der Regierung erhöht worden. Außerdem hätte man für die Ruhr 50 Millionen ganz neu bewilligt. Die Ausgaben für die bedürftigen Gebiete seien nicht gekürzt worden. Das Vorgehen des Reiches sollte in Preußen Nachahmung finden, aber Preußen sollte nicht wieder zweieinhalb Millionen für Schuldenformen verwenden.

Abg. Dreiwitz (Wirtschaftspartei) erklärte, das finanzielle Engverhältnis gegenüber Ländern und Gemeinden mache es der Wirtschaftspartei unmöglich, noch länger der Regierung wohlwollend neutral gegenüberzustehen.

Abg. Hampe (Deutsch-Dann.) betonte, daß sich die Finanzhoheit der Länder sehr gut bewährt habe. Man müsse den Ländern doch mindestens das zum Leben Notwendige zur Verfügung stellen.

Abg. Koch (Dem.) wies hin auf die erste Rede des Finanzministers Dr. Köhler. Diese habe dem deutschnationalen Abgeordneten Oberfahren Gelegenheit gegeben, die Kritik Dr. Köhlers an seinem Vorgänger zu unerhörten Angriffen zu verleben.

Abg. Eisenberger (Wader. Bauernbund) empfahl den Finanzministern, einmal die Großdeutschen unter die Lupe zu nehmen. Die Industrie hätte ihre Fabriken mit Papiermarkt ausgebaut und weise jetzt Millionengewinne in Gold auf.

Ihrer Ankunft. — Geheimrat Dr. Cuno antwortete: Unsere „New York“ tritt gerade ihre Reise an. Ich danke Ihnen herzlich für die Begrüßung und die guten Wünsche. Bin in angenehmer Erwartung ihrer Ankunft in der Vaterstadt und freue mich, Sie zu sprechen.

Eintreibung der Steuerrückstände.

Eine Unterredung mit dem Reichsfinanzminister.

Einem Vertreter des Wolffschen Bureau erklärte Reichsfinanzminister Dr. Köhler in einer Unterredung, daß die Steuerrückstände, die über eine halbe Milliarde betragen, zum überwiegenden Teile einkommen werden. Selbstverständlich wird bei der Eintreibung der Rückstände, die absolut notwendig ist, schon im Interesse der übrigen Steuerzahler, mit der gebotenen Rücksicht vorgegangen werden. Existenzen zu verdrängen, lediglich um Steuerbeträge zu erhalten, kann nicht in der Aufgabe der Reichsfinanzverwaltung liegen. Gegen bewusste Sabotage der Steuergesetzgebung wird allerdings unmissverständlich, wenn erforderlich auch gerichtlich vorgegangen werden.

Weiter betonte der Minister, daß in der Angelegenheit der Beamtenbesoldung und der Erhöhung der Bezüge der Kriegsschädigten das Kabinett entschlossen ist, im Laufe des Jahres dem Parlament noch feste Vorschläge zu unterbreiten. Der Umfang hängt selbstverständlich von der gesamten wirtschaftlichen Lage Deutschlands ab.